

Ein neuer Anlauf für ein globales Klimaabkommen

# In Paris wollen sie die Welt retten

Seit 20 Jahren verhandeln die Staaten der Welt über den Klimaschutz. Von Montag an macht die Karawane der Diplomaten mit ihrem Tross Station in Paris. Die Hoffnungen sind sehr groß, endlich ein Abkommen zu schließen, das alle teilnehmenden Länder verpflichtet, ihre Kohlendioxidemissionen zu drosseln und so den Klimawandel zu begrenzen.

Von Jörg Buteweg und Christian Mihatsch



Wenn der Hochofen angefeuert wird (rechts), wenn der Regenwald (links) abgeholzt wird, dann treibt das den Klimawandel voran. FOTOS: DPA (2)/EUMETSAT

Vor sechs Jahren versuchten die Klimadiplomaten schon einmal, die Welt zu retten. In Kopenhagen sind sie krachend gescheitert. Was spricht dafür und was spricht dagegen, dass Paris ein Erfolg wird?

**Worum geht es in Paris?**  
Die Weltgemeinschaft will nach etlichen vergeblichen Anläufen einen verbindlichen Vertrag vereinbaren, der den Ausstoß des Klimagas Kohlendioxid – den Auslöser der Erderwärmung – verringert.

**Warum ist der Klimawandel ein Problem?**  
Mit Klimawandel ist gemeint, dass sich die Erde erwärmt – und zwar in rasantem Tempo. In der Erdschicht hat es zwar immer wieder wärmere und kältere Phasen gegeben. Die jetzige Erwärmung (siehe Grafik) geht aber viel, viel schneller vor sich als alle Klimaänderungen in der Vergangenheit. Das macht die Anpassung so schwierig. Beispielsweise schmelzen die Gletscher in Grönland und der Antarktis. Wenn die Voraussagen der Wissenschaftler stimmen, steigt der Meeresspiegel um mehr als einen Meter an, wenn der Klimawandel nicht gebremst wird. Das würde viele Küstenregionen unbewohnbar machen, zahlreiche Inseln im Indischen und Pazifischen Ozean würden überschwemmt.

*Nur gemeinsam lässt sich der Klimawandel sinnvoll bekämpfen.*

Im Zuge der Erwärmung werden sich Wüsten ausbreiten, Dürren werden zunehmen und Landwirtschaft weniger ertragreich, wenn nicht möglich machen. Steigen die Temperaturen ungebremst weiter, sind die Folgen unabsehbar.

**Wo stehen wir im Kampf gegen die Erderwärmung?**  
Den Grund für die Aufheizung der Erde sieht die überwältigende Mehrheit der Wissenschaftler im steigenden Anteil von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) in der Atmosphäre. Seit der Menschheit in der Industriellen Revolution zu Anfang des 19. Jahrhunderts angefangen hat, Kohle und Öl in großem Stil zu verbrennen, steigt der Gehalt des CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre. Der Klimawandel ist also mit hoher Wahrscheinlichkeit von Menschen verursacht. Deswegen ist es auch Aufgabe der Menschen, diese Klimaveränderung zu begrenzen. Die Erfolge sind aber bescheiden, obwohl seit 25 Jahren über dieses Thema diskutiert wird. Das zeigt die Grafik auf dieser Seite: Seit 1970 hat sich der Kohlendioxidausstoß beinahe verdoppelt. Zwar sind in Deutschland – und in den Staaten des ehemaligen Ostblocks samt Russland – die Emissionen nach 1990 gefallen, weil veraltete Industrien zusammenbrachen. Weltweit aber hat das Wirtschaftswachstum, vor allem in Ländern wie China, den Verbrauch von Kohle und Öl in die Höhe getrieben – und damit auch die Kohlendioxidemissionen.

**Wie lange wird schon über Klimaschutz verhandelt?**  
Seit den 90er-Jahren. Beim Erdgipfel in Rio de Janeiro (Brasilien) wurde 1992 die UN-Klimakonvention ver-

abschiedet, zusammen mit den UN-Konventionen für den Artenschutz und gegen die Wüstenbildung. Die Klimakonvention trat 1994 in Kraft. Derzeit gehören ihr 194 Länder sowie die EU als Mitglied an. Das erste Treffen der Mitglieder fand im Jahr 1995 in Berlin statt. Dieses markiert den Beginn der Klimaverhandlungen. Zwei Jahre später wurde das Kyoto-Protokoll verabschiedet, das aber erst im Jahr 2005 in Kraft trat. Das war der erste Klimaschutzvertrag. Das Kyoto-Protokoll verpflichtete jedoch nur Industriestaaten zur Senkung ihrer Emissionen. Um auch die Emissionen der Entwicklungsländer zu begrenzen, wurde im Jahr 2007 auf der indonesischen Ferieninsel Bali vereinbart, innerhalb von zwei Jahren einen weiteren Vertrag auszuhandeln. Die Klimakonferenz im Jahr 2009 in Kopenhagen scheiterte aber kläglich. Es kam nur eine unverbindliche Übereinkunft zustande, die erst im folgenden Jahr im mexikanischen Badeort Cancun formalisiert werden konnte. Im Jahr 2011 haben die Länder dann in der südafrikanischen Stadt Durban entschieden, sich erneut an einem Weltklimavertrag zu versuchen, der für Industrie- und Entwicklungsländer gilt. Die Durban-Plattform sah vierjährige Verhandlungen vor mit Konferenzen in Doha (Katar, 2012), Warschau (Polen, 2013), Lima (Peru, 2014) und schließlich die diesjährige Konferenz in Paris.

**Warum ist ein neuer Klimavertrag so wichtig?**  
Wenn bei einem Autounfall Benzin und Diesel auslaufen und in der Erde versickern, kann man den ver-seuchten Boden ausbaggern und auf eine Deponie bringen. Der Schaden bleibt lokal begrenzt. Bei der Havarie eines Tankers verursacht das auslaufende Öl üble Schäden. Auch diese bleiben aber regional begrenzt. In der Erdatmosphäre gibt es aber keine Grenzen. Wird irgendwo auf der Welt Kohlendioxid in die Luft geblasen, sorgt das weltweit für eine Erwärmung. Deswegen muss die Weltgemeinschaft gemeinsam versuchen, das Problem zu begrenzen.

**Warum soll in Paris gelingen, was in Kopenhagen scheiterte?**  
In Kopenhagen wurde versucht, das der Welt verbleibende Emissionsbudget auf die Länder zu verteilen. Hinter dem Emissionsbudget steht folgender Gedankengang: Gänzlich stoppen kann man den Klimawandel nicht. Als realistisch gilt mit dem heutigen Wissen, die Erwärmung der Temperatur im Jahresmittel auf zwei Grad zu begrenzen – verglichen mit dem vorindustriellen Zeitalter. Das ist das Zwei-Grad-Ziel. Wenn man dieses Ziel einhalten will, darf der Kohlendioxidgehalt der Atmosphäre einen bestimmten Wert nicht übersteigen. Dann darf aber – beispielsweise bis zum Jahr 2050 – auch nur noch eine bestimmte Menge Kohlendioxid in die Atmosphäre geblasen werden. Das ist das Emissionsbudget. Mit der Festlegung auf dieses Emissionsbudget waren die Verhandlungen in Kopenhagen ein Nullsummenspiel: Wenn ein Land eine Tonne CO<sub>2</sub> mehr emittiert, muss ein anderes Land eine Tonne davon zusätzlich einsparen. Eine politische Einigung war so unmöglich. Das Paris-Abkommen ist hingegen anders aufgebaut: Die Klimapläne der Länder sind unverbindlich und freiwillig. Das geplante Abkommen gibt nur den Rahmen vor, in dem die Form dieser Pläne geregelt wird, und Vorschriften für die Emissionsbuchhaltung festgehalten sind. Zudem wissen die Länder mittlerweile nicht nur, dass der Klimawandel gestoppt werden muss, sondern auch, wie das gelingen kann. Seit Kopenhagen sind die Preise für Solarpaneele um 80 Prozent gefallen. Deutschland hat gezeigt, dass ein hoher Anteil von erneuerbaren Energien am Strommix nicht zum Zusammenbruch der Versorgung führt. Banken haben Instrumente wie „grüne Anleihen“ entwickelt, mit denen sich Investitionen in Sonnen- und Windenergie finanzieren lassen. Schließlich hat sich die internationale Klimapolitik geändert: Während die USA und China in Kopenhagen noch auf der Bremse standen, treiben sie die Verhandlungen nun voran.

**Warum sind Klimaverhandlungen so schwierig?**  
Derzeit können die meisten Länder die Atmosphäre unbegrenzt und kostenlos als Endlager für ihre Emissionen nutzen. Allen ist dabei klar, dass dies zur übermäßigen Belastung der Atmosphäre mit Treibhausgasen und folglich zur Klimaerwärmung führt. Eine nachhaltige Nutzung der Atmosphäre, einem Gut, das allen Erdbewohnern gehört, ist aber nur möglich, wenn sämtliche Länder mitmachen und sich kein Land als Trittbrettfahrer betätigt. Wegen des extrem unterschiedlichen Entwicklungsstands der Teilnehmerländer lässt sich aber keine einfache Regel definieren, die für alle Länder gleichermaßen gilt. Da bislang erneuerbare Energien teurer waren als die Nutzung von Kohle, Öl und Gas, standen die Länder somit vor einem Dilemma: Wer ehrgeizigen Klimaschutz betreibt, droht seine Wettbewerbsfähigkeit zu unterminieren, ohne sicher sein zu können, dass der Klimawandel tatsächlich gestoppt wird. Hinzu kommt, dass die seit 20 Jahren laufenden Klima-

verhandlungen mittlerweile extrem politisiert sind. Wenig hilfreich sind auch die Partikularinteressen einzelner Länder etwa der Ölexportierenden Staaten, die möglichst ungehindert ihr Öl verkaufen wollen.

**Wie liegen die Interessen der verschiedenen Länder?**  
Bei den Klimakonferenzen verhandeln die Länder nicht einzeln, sondern schließen sich zu Ländergruppen zusammen, wobei ein Land mehreren Gruppen gleichzeitig angehören kann. Die größte Gruppe nennt sich „G77 plus China“ und umfasst 134 Entwicklungsländer. Wegen der extrem unterschiedlichen Interes-

sen ihrer Mitglieder treten die G77 aber selten mit pointierten Positionen auf. Dies ist den Untergruppen vorbehalten: Das Gewissen der Klimaverhandlungen bilden die kleinen Inselstaaten, die durch den Klimawandel in ihrer Existenz gefährdet sind. Sie fordern eine Begrenzung der Klimaerwärmung auf 1,5 Grad. Das Gegenstück dazu ist die „Gruppe der Gleichgesinnten“, der viele Ölförderländer und Indien angehören. Diese wollen primär an der Zerteilung der Welt in Industrie- und Entwicklungsländer festhalten. Die Entwicklungsländer sollen weitgehend von Beschränkungen bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen ausgenommen werden. Derweil versucht eine Gruppe fortschrittlicher südamerikanischer Länder (Ailac) diese Zerteilung zu überwinden. Die Industriestaaten verteilen sich auf zwei Gruppen: die EU und die Umbrella- (zu Deutsch: Schirm-)Gruppe. Letzterer gehören unter anderen die USA, Russland, Australien und Kanada an. Während die EU ein ehrgeiziges und rechtlich verbindliches Abkommen anstrebt, tritt die Umbrella-Gruppe selten mit eigenen Forderungen auf. Die einzige Gruppe, die sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer umfasst, ist schließlich die „Umweltintegritätsgruppe EIG“. Dieser gehören unter anderen die Schweiz, Mexiko und Südkorea an. Die EIG setzt sich ebenfalls für ehrgeizige Klimaschutzmaßnahmen ein.

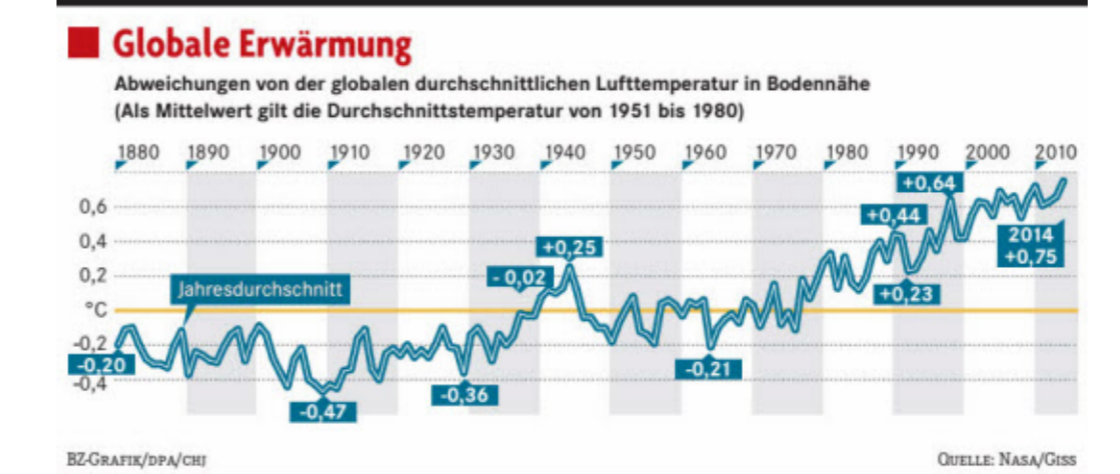
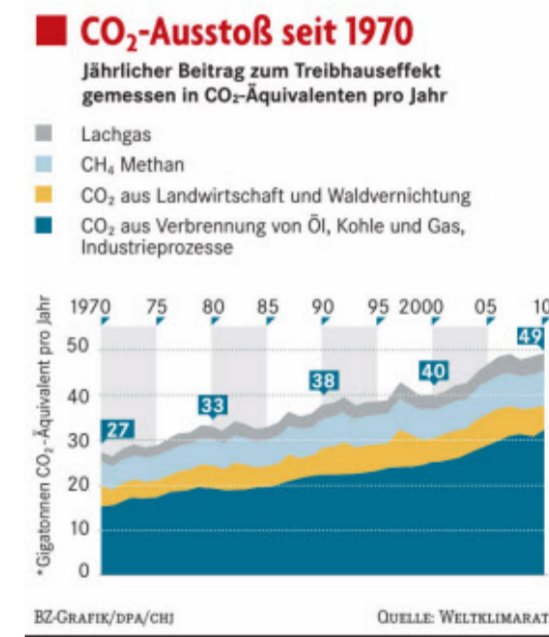
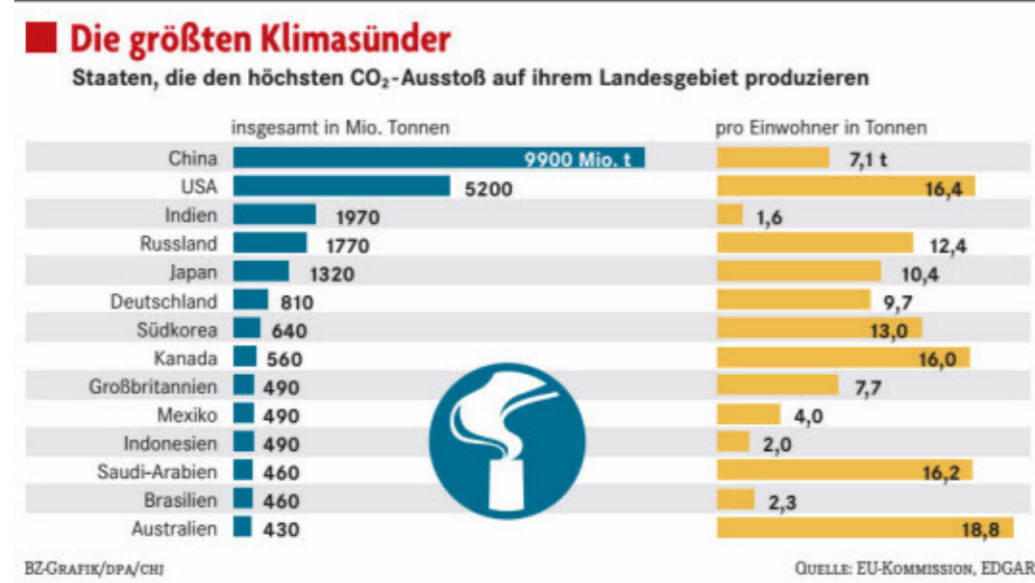
**Was wollen die USA und China?**  
Die beiden größten Emittenten der Welt wollen unbedingt ein Abkommen, das die Klimaerwärmung zunim-

dest perspektivisch auf zwei Grad zu begrenzen vermag. Das ist der große Unterschied zu früheren Jahren. Gemeinsam ist ihnen auch, dass sie sich nicht rechtsverbindlich zur Senkung ihrer Emissionen oder zur Klimafinanzierung verpflichten wollen. Je unverbindlicher, desto besser. Es gibt aber auch Unterschiede: Die USA wollen, dass die gleichen Regeln für Industrie- und Entwicklungsländer gelten. China hingegen hätte gegen mildere Auflagen für Entwicklungsländer nichts einzuwenden. China wird zudem versuchen, den Industriestaaten weitere Finanzzusagen abzurufen.

rin Patricia Espinosa, die die Klimakonferenz in Cancun geleitet hat. Dort hatte Bolivien erklärt, dem Verhandlungsergebnis nicht zustimmen zu können. Die Vereinbarung wurde schließlich angenommen, und Bolivien gab seinen Einspruch zu Protokoll. Zudem besteht die Möglichkeit, dass der Konferenzpräsident den Widerspruch eines Landes „übersieht“. Dies ist in Doha passiert: Dort ist dem Konferenzpräsidenten „nicht aufgefallen“, dass der russische Delegierte mit seinem Länderschild auf den Tisch hämmerte, um erneut das Wort zu bekommen. Russland gab seinen Widerspruch dann ebenfalls zu Protokoll.

**Was passiert nach der Konferenz?**  
Wenn in Paris ein Abkommen zustande kommt, muss dieses von den Parlamenten der meisten Länder ratifiziert werden. Eine Ausnahme sind hier die USA: Falls keine Verpflichtungen etwa zur Senkung der Emissionen oder zur Klimafinanzierung im Paris-Abkommen enthalten sind, ist eine Zustimmung des US-Senats nicht erforderlich. Dies trifft sich gut, da jedeswede Klimaabkommen im Senat abgelehnt würde. Damit das Abkommen wie geplant im Jahr 2020 in Kraft treten kann, müssen bestimmte Schwellenwerte erreicht werden in Bezug auf die Zahl der Ratifikationen und der Emissionen, die damit abgedeckt werden. Wie hoch diese Schwellenwerte liegen, ist Verhandlungssache. Die Klimaverhandlungen werden also weitergehen.

Morgen lesen Sie einen Leitartikel zur Klimakonferenz. Alle Texte zum Paris Gipfel finden Sie unter <http://mehr.bz/klima15>



**STICHWORT**  
**Treibhausgas**  
Unter dem Begriff Treibhausgas werden all jene Gase zusammengefasst, die zur Erwärmung der Atmosphäre beitragen (siehe Grafik). Der häufigste Stoff ist Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>). Er kommt immer in der Luft vor und ist das Produkt von Verbrennungsprozessen. Außerdem wird im Boden gespeichertes CO<sub>2</sub> freigesetzt, wenn Wiese oder Wald in Ackerland umgewandelt werden. Deswegen ist die Rodung des Regenwaldes – neben der Vernichtung dort lebender Tiere und Pflanzen – ein so großes Problem für den Klimaschutz. Pflanzen wiederum benötigen CO<sub>2</sub> zum Wachsen. Daneben spielt Methan eine wichtige Rolle. Wenn Rinder verdauen, entsteht Methan. Auch Lachgas entsteht in der Landwirtschaft, wenn intensiv gedüngt wird. Diese Gase kommen zwar viel seltener in der Atmosphäre vor als CO<sub>2</sub>. Sie wirken aber viel stärker bei der Erderwärmung. Um die Einflüsse von Landwirtschaft, Waldrodung, Verkehr und der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas bei der Erderwärmung vergleichbar zu machen, wird die Klimawirkung der anderen Gase in CO<sub>2</sub>-Äquivalente umgerechnet. **weg**

**Wie sind die Erfolgsaussichten?**  
Die meisten Beobachter erwarten, dass in Paris ein Klimavertrag zustande kommt. Sollte das Abkommen scheitern, dann am ehesten an Ländern wie Indien und Saudi-Arabien, die an der Zerteilung der Welt in Industrie- und Entwicklungsländer festhalten wollen. Kommt es zu einem Abkommen, ist die Frage, ob dieser Vertrag das nötige Signal für eine rasche Reduktion der Emissionen gibt. Dazu bedarf es eines griffigen Langfristziels. So wollen die USA, die „vollständige Dekarbonisierung der Weltwirtschaft bis zum Jahr X“ festbeschreiben. Dies würde bedeuten, dass ab einem festzulegenden Jahr die Wirtschaft per Saldo kein CO<sub>2</sub> mehr emittieren darf. Viele Länder wollen aber eine schwächere Formulierung wie: „eine globale Transformation in Richtung auf widerstandsfähige Gesellschaften mit niedrigen Emissionen“. Wichtig ist zudem, ob sich die Länder alle fünf Jahre zu immer ehrgeizigeren Klimazielen verpflichten und wie überprüft wird, ob diese Ziele für die Einhaltung des Zwei-Grad-Ziels genügen.

**Kann ein Land ein Abkommen blockieren?**  
Theoretisch gilt bei Konferenzen der UNO das Konsensprinzip. Dies ist jedoch ein dehnbare Begriff: „Konsens bedeutet nicht, dass ein einziges Land ein Vetorecht hat“, erklärt die mexikanische Außenministe-